

seinen Putsch in München durchführte, erließ Herr von Kahr den sogenannten Ausnahmezustand.

Die Wirkung der Regierung Ehard-Müller ist des weiteren ein wesentlicher Schritt in der Richtung der ständestaatlichen Organisation des Lebens in Bayern. Dr. Baumgartner erklärte in München vor Jungbauern: „Die demokratischen Parteien haben versagt. Man muß dazu übergehen, die Stände in einer ständestaatlichen Politik wieder in den Vordergrund zu stellen.“ Herr Dr. Horlacher, der Landtagspräsident, erklärte in Passau bei der Tagung des Bauernverbandes: „Nicht nur die politischen Parteien können die Demokratie für sich in Anspruch nehmen. Stände und ständische Vertretung haben das Recht auf Mitbestimmung im Staat.“ In der gleichen Linie liegt die zwischen den Spitzen des Bauernverbandes und den Spitzen der bayerischen Gewerkschaften abgeschlossene Arbeitsgemeinschaft. Der Senat ist auf Grund der reaktionären Verfassung angenommen und ist das Instrument eines Ständestaates, der organisiert wird, um der wachsenden Massenbewegung der Werktätigen von unten her Einhalt zu gebieten.

Wir können heute feststellen, daß in Bayern immer mehr die Heilige Allianz monopolkapitalistischer Kreise des In- und des Auslandes zur Herrschaft gelangt, die Heilige Allianz, zu der der Großgrundbesitz gehört, und die Heilige Allianz, zu der insbesondere der hohe bayerische Klerus gehört, und die sozialdemokratischen Genossen, die sich noch nicht über das große Verhängnis der Koalitionspolitik im klaren sind, sind die Gefangenen dieser Heiligen Allianz. Möchten sie doch endlich aus dieser Gefangenschaft heimkehren! Möchten sie doch bald zu Heimkehrern des sozialistischen Kampfes werden, der gemeinsam geführt werden muß von beiden Arbeiterparteien!

Erlaubt mir zum Schluß ein Wort! Mit großer Bewegung haben wir hier die Berichte der Arbeiterdelegationen gehört. Ihr Stolz auf die Leistungen in der Produktion hat uns tief beeindruckt. Ihr habt recht, Genossinnen und Genossen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, wenn Ihr Euch Mühe gebt, mehr zu produzieren, besser zu arbeiten als bisher. Das ist auch ein wesentlicher Beitrag im Kampfe um die Einheit Deutschlands. Wenn hier eine Penzberger Bergarbeiterdelegation gesprochen hätte, sie hätte Euch nicht von Mehrproduktion gesprochen. Sie hätte Euch das gesagt, was die Bergarbeiter in ihren Belegschaftsversammlungen beschlossen haben. Keine Oberinstanz, Behörde oder Regierungsstelle, hat sich im Laufe des ganzen Jahres um die Forderungen der Belegschaft gekümmert. Die Sabotage der Forderungen der Arbeiterschaft kommt auch in der Regierungspolitik